



Andreas Hauri

Regenbogenpolitik

----- von Patrick Hadi Huber -----



Walter Angst

Am 13. Februar 2022 finden im Kanton Zürich Kommunalwahlen statt. Die HAZ nehmen dies zum Anlass, den bisherigen und den neu Kandidierenden für den Stadtrat in Zürich und Winterthur LGBTIQA+-politisch auf den Zahn zu fühlen. Wir haben auf unsere 21 Fragen viele interessante Antworten und Statements erhalten. Hier stellen wir die wichtigsten, respektive kontroversesten Themen kurz vor. Auf regenbogenpolitik.ch findet ihr alle Resultate.



Serap Kahriman

Mit regenbogenpolitik.ch schaffen die HAZ seit über 16 Jahren Öffentlichkeit für die Themen der queeren Community. Wir wollen den Wähler:innen eine Entscheidungshilfe bieten und die Kandidat:innen für unsere Themen sensibilisieren. Die Fragen drehen sich sodann auch nicht generell um die kommunale Politik, sondern zielen auf die Positionen rund um die grossen Themen, die unsere Community weiterhin sehr stark bewegen. Trotz diesem weit gefassten Fokus: Für die Stadtratswahlen 2022 in Zürich und Winterthur haben sage und schreibe 22 Politiker:innen aus dem ganzen politischen Spektrum teilgenommen. Aus Zürich sind es 15 von 17 Kandidierenden und aus Winterthur 7 von 10. Zwei Kandidierende haben uns für den Fragebogen abgesagt und drei Personen haben gar nicht erst reagiert. Es freut uns umso mehr, dass wir trotzdem ein umfassendes Bild über die Einstellungen unserer amtierenden und zukünftigen Stadtregerungen präsentieren können. In diesem Artikel fokussieren wir vor allem auf

die Statements, mit denen die Teilnehmenden ihre Antworten vertiefen konnten. In den letzten vier Jahren ging LGBTIQA+-politisch ein grosser Ruck durch die Bevölkerung. Sowohl der Schutz vor Diskriminierung als auch die Ehe für alle inklusive Samenspende sind in den Abstimmungen mit jeweils deutlich über 60% vom Volk angenommen worden. Bei letzterer Abstimmung waren einzig die SVP-Kandidierenden aus Zürich dagegen. So erläutert Roland Scheck zu seinem Nein: «Ich befürworte die Eheschliessung, doch diese Vorlage ging inhaltlich darüber hinaus». Dennoch: Die Annahme war durchaus deutlich, vor allem auch in den Städten Winterthur und Zürich.

Auch für trans Personen gibt es per 1. Januar 2022 Neuerungen. Ab dem Stichtag haben sie die Möglichkeit, ihren Geschlechtseintrag vereinfacht zu ändern. Allerdings gilt dies erst ab 16 Jahren.

Geschlechtseintrag: Altersgrenze 16 oder Urteilsfähigkeit?

Die Frage, ob auch trans Personen unter 16 Jahren ihren Geschlechtseintrag selbstbestimmt (ohne Unterschrift der Eltern) ändern können, brachte eine Kontroverse zutage, wie sie Ende 2020 auch zwischen Nationalrat und Ständerat entstanden war: Urteilsfähigkeit versus strikte Altersgrenze. Die Lager verliefen damals zwischen SP, Grüne, GLP auf der einen und SVP und Die Mitte auf der anderen Seite, die FDP spaltete sich im Nationalrat in

zwei beinahe gleich grosse Lager. Letztlich setzte sich der als konservativ geltende Ständerat mit der strikten Altersgrenze von 16 Jahren durch. Eine ähnliche Lager-Spaltung zeigt sich auch bei unseren kommunalen Kandidat:innen. Dominik Waser (Grüne) nennt die Grenzen willkürlich, «auch jüngere Personen sollten diese Möglichkeit haben», während die neue Kandidatin der FDP, Sonja Rueff-Frenkel zu ihrem Nein ausführte: «Die körperliche und geistige Entwicklung ist zwischen 12 und 19 Jahren grossen Veränderungen unterworfen, die Selbstfindung ist unter 16 Jahren nicht abgeschlossen.» Die Winterthurer Stadträtin Katrin Cometta (GLP) lehnt das Ansinnen eher ab, denn «es geht weniger darum, ob eine jugendliche Per-

son zu diesem Urteil fähig ist, als vielmehr um schwierige rechtliche Fragen.» Etwas differenzierter sieht es die Kollegin ihrer Jungpartei, Serap Kahriman (jglp, Zürich): «Ja, sofern die Kinder urteilsfähig sind. Bei urteilsunfähigen Kindern ist der Beizug von unabhängigen Drittpersonen als Entscheidungsträger:innen zu befürworten (Kindswohl steht im Vordergrund)». Mit ihrer eher befürwortenden Haltung bringt die Zürcher Stadtpräsidentin Corine Mauch (SP) auf den Punkt, welche Bedingungen vorweg erfüllt sein müssen: «Die Urteilsfähigkeit muss vorhanden und die Fürsorge und Unterstützung für Kinder und Jugendliche sichergestellt sein.» Eine breite Mehrheit der Befragten unterstützt letztlich die Forderung, die Altersgrenze aufzuheben.



Daniel Leupi



André Odermatt



Raphael Golta



Karin Rykart

	Zürich													Winterthur									
	Andreas Hauri (GLP)	Walter Angst (AL)	Serap Kahriman (jglp)	Daniel Leupi (Grüne)	André Odermatt (SP)	Raphael Golta (SP)	Karin Rykart (Grüne)	Simone Brander (SP)	Dominik Waser (Grüne)	Corine Mauch (SP)*	Michael Baumer (FDP)	Sonja Rueff-Frenkel (FDP)	Josef Widler (Mitte)	Roland Scheck (SVP)	Stefan Iten (SVP)	Nicolas Galladé (SP)	Christa Meier (SP)	Kaspar Bopp (SP)*	Katrin Cometta (GLP)	Stefan Fritschi (FDP)	Jürg Altwegg (Grüne)	Thomas Wolf (SVP)	
* Kandidiert auch für Stadtpräsidium																							
Schutz vor Diskriminierung	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
Ehe für alle	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
Leihmutterchaft & Eizellenspende	Ja	Ja	Ja	eher Ja	eher Ja	eher Ja	eher Ja	eher Ja	eher Ja	eher Ja	eher Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	eher Ja	eher Ja	eher Ja	Nein	eher Ja	
Selbstbestimmter Geschlechtseintrag für trans Personen unter 16 Jahren	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	eher Ja	eher Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	eher Nein	eher Nein	Ja	Nein	
Polizeistatistik über Hate Crime	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	eher Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	eher Ja	Ja	Ja	Nein	
Rücksicht auf Bedürfnisse queerer Flüchtlinge bei Unterbringung	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	eher Ja	Nein	eher Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	eher Ja	eher Nein	Ja	Ja	0	



Simone Brander



Dominik Waser



Corine Mauch



Michael Baumer



Sonja Rueff-Frenkel



Josef Widler



Roland Scheck

Leihmutterschaft: Ja, aber...
 Noch in den Anfängen der Debatte ist das Thema Leihmutterschaft, was sich an sehr vielen «eher Ja» und diversen sehr interessanten Kommentaren zum Thema äussert. Die Forderung nach einer breiten gesellschaftlichen Debatte wird von verschiedenen Seiten gestellt, so auch vom Stadtzürcher Hochbauvorsteher André Odermatt (SP): «Fragen der Reproduktionsmedizin brauchen eine gesellschaftliche Debatte, neue Regelungen müssen für alle gleich gelten.» Auch der Zürcher Finanzvorsteher Daniel Leupi (Grüne) führt aus: «Hängt für mich von den konkreten gesetzlichen Rahmenbedingungen ab (kein kommerzielles Business, keine Ausbeutung der Frauen etc.)» Ebenso sind die beiden amtierenden FDP-Vertreter Stefan Fritschi (Winterthur) und Michael Baumer (Zürich) eher dafür. Baumer kommentiert aber auch klar: «Für mich offen ist, wie hier eine Ausnützung von Frauen verhindert werden kann.» Thomas Wolf (SVP, Winterthur) begründet seine tendenzielle Zustimmung mit «sonst passiert halt im Ausland...». Damit bezieht er sich auf die Tatsache, dass sich derzeit aus Ermangelung einer gesetzlichen Basis viele Paare im Ausland um eine Leihmutterschaft bemühen. Stadtratskandidatin Simone Brander (SP, Zürich) ergänzt dabei: «Da durch Leihmutter-

schaften im Ausland Probleme für die betroffenen Familien im Inland entstehen, macht es im Sinne des Kindeswohl Sinn, dass die Leihmutterschaft legalisiert wird.» Christa Meier (SP, Winterthur) führt zu ihrem klaren Ja genauso aus: «Leihmutterschaft im Ausland (inkl. finanzieller Abhängigkeit) birgt die Gefahr von Missbrauch. Darum lieber eine Möglichkeit in der Schweiz.» So sind auch gemäss Walter Angst (AL, Zürich) «im Gesetz die Rechte und Pflichten der austragenden Person zu klären». Einen weiteren Aspekt bringt Nicolas Galladé (SP, Winterthur) ein: «Die gesetzgeberische Umsetzung muss die Kinderrechte gewährleisten. Kinder müssen das Recht haben, ihre biologischen Eltern kennenzulernen.» Klar gegen die Leihmutterschaft stellen sich die beiden Stadtzürcher SVP-Kandidaten, der Mittekandidat Josef Widler und Jürg Altwegg (Grüne, Winterthur). Letzterer führt aus: «Ich schätze die psychische Belastung für die Leihmutter als sehr gross ein.» Zusammenfassend zeigen sich fast alle befragten Politiker:innen dem Thema gegenüber erstaunlich offen. Es bedarf in jedem Fall aber einer breiten politischen Debatte, bevor eine gesetzliche Grundlage zur Leihmutterschaft geschaffen werden kann. Dabei muss für jeden der angesprochenen Aspekte eine sorgfältige Abklärung erfolgen, um eine mehrheitsfähige Vorlage zu erarbeiten, die vor allem die Rechte der Leihmütter wie auch diejenigen der daraus entstandenen Kinder klar regelt.

Erfassung von Hate Crime

Für die kommunale Ebene besonders interessant ist die Frage nach der Erfassung von Hate Crime. Ein Vorstoss im Stadtzürcher Gemeinderat sorgt dafür, dass die Stadtpolizei seit Anfang 2021 die entsprechende Statistik führt. So äussert sich die Polizeivorsteherin von Zürich, Karin Rykart (Grüne), wie folgt: «Diese Forderung aus dem Gemeinderat habe ich

umgesetzt und die Stadtpolizei erfasst nun Hate Crimes in der Statistik.» In der Community ist man klar der Meinung, dass die Gewalttaten in den letzten Jahren deutlich zugenommen haben. Diese Entwicklung wurde durch die intensive mediale Berichterstattung in der Wahrnehmung bestätigt, liess sich aber nicht mit Zahlen belegen. Sehr eindimensional verortet dabei Stefan Iten (SVP, Zürich) die Ursache: «Probleme, die oft im Ausländerbereich sind, müssen angepackt und nicht im Nachhinein erfasst werden». Dieses leider häufig bemühte Narrativ verkennt, dass es immer wieder bekannte Exponent:innen der Volkspartei sind, die beispielsweise mit Zombioplakaten Ressentiments schüren. Eine latente homophobe Grundstimmung sowie Hass und Hetze in sozialen Netzwerken, gerade auch im Umfeld der Volksabstimmungen, können später zu aggressiven Handlungen gegen u.a. LGBTQIA+ führen. Wie die Entwicklung genau ist und welche Täterschaft hinter Hate Crime steht, wird letztlich das Monitoring über die Jahre zeigen. Auch wenn es weiterhin eine Dunkelziffer geben wird, erlaubt die statistische Erfassung, das Ausmass der Gewalttaten zahlenmässig klar zu beziffern und bei steigenden Zahlen Massnahmen einzuleiten – und deren Effekt zu messen. Interessant ist dabei, dass mit Ausnahme des Mittekandidaten und demjenigen der SVP Winterthur alle Kandidat:innen in Zürich und Winterthur mit «Ja» oder «eher Ja» geantwortet haben. Dies zeigt, dass die Erfassung von Hate Crime auf breite Zustimmung stösst und lässt die Hoffnung zu, dass später auch wirksame Massnahmen gute Chancen auf eine politische Mehrheit haben.

QueerAltern, Flüchtlinge und Stadtpräsidien

Die Kandidierenden hatten neben jeder der zahlreichen Fragen auch die Möglichkeit, ein Statement abzugeben. Dies nutzte

der Zürcher Gesundheitsvorsteher Andreas Hauri (GLP), um auf sein Engagement hinzuweisen und ein Versprechen abzugeben: «Ich freue mich, dass wir zusammen mit QueerAltern ab 2025 bezahlbare Wohnungen für queere Senior:innen zur Verfügung stellen können.» Auch Sozialvorsteher Raphael Golta (SP) betont bei der Frage nach der bedürfnisorientierten Unterbringung queerer Flüchtlinge in Zürich: «Wir bemühen uns von Seiten der Stadt und der Asylorganisation Zürich schon heute darum, das möglichst gut zu erfüllen.» Das Thema war nach der Flüchtlingskrise auf die Agenda der städtischen Sozialpolitik gekommen.

Im Gegensatz zu Zürich, wo bei diesen Wahlen niemand die amtierende Stadtpräsidentin herausfordert, sorgt in Winterthur Kaspar Bopp (SP) für eine spannende Ausgangslage. Er empfiehlt sich unserer Community als Stadtpräsident und betont dabei: «In einer <Stadt für alle> muss es selbstverständlich sein, dass LGBT(IQ) vollständig gleichgestellt wird. Winterthur soll auch in dieser Hinsicht fortschrittlich und vorbildlich sein.» Der Winterthurer Amtsinhaber (Die Mitte) hat auf die Anfrage der HAZ bis Redaktionsschluss nicht reagiert.

Alle Fragen und Antworten wie auch die Statements sind per sofort auf regenbogenpolitik.ch abrufbar. ●



Nicolas Galladé



Christa Meier



Kaspar Bopp



Katrin Cometta



Stefan Fritschi



Jürg Altwegg



Thomas Wolf